

Europawahlprogramm (vorläufig)

VI. Nachhaltig Wirtschaften – für einen Grünen New Deal

Wir erleben derzeit die schwerste Finanzkrise seit den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts. Diese Krise ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik, die Konsequenz eines weltweit unregulierten kapitalistischen Wirtschaftsmodells, in dem der Globalisierung und Entfesselung der Wirtschaft und der Finanzströme keine Globalisierung der sozialen und ökologischen Einhegung der Märkte folgte.

Nun gilt es, Lehren und politische Konsequenzen aus der Krise zu ziehen – auf globaler, europäischer und nationaler Ebene. Dabei stehen wir vor der Herausforderung, die Finanz-, Klima- und Nahrungsmittelkrise gemeinsam zu bewältigen. Sie sind das Ergebnis globalen Markt- und Politikversagens und erfordern korrigierende Eingriffe der Politik in Bezug auf die Rahmenbedingungen und Standards, die für die Märkte gelten.

Es ist jetzt an der Zeit, einen effektiven Ordnungsrahmen für die globale Wirtschaft zu schaffen, der die Märkte in den Dienst sozialer und ökologischer Entwicklung stellt. Denn wir wissen dass wir für die Herausforderungen des Klimawandels oder der Bekämpfung der globalen Armut auch auf die Dynamik und Innovationskraft funktionierender Märkte angewiesen sind. Die globalen Finanzmärkte müssen wieder auf ihren eigentlichen Zweck, die Finanzierung von Investitionen, die Bereitstellung von Liquidität und die Übernahme von Risiken zurückgeführt werden.

Wir setzen auf einen Grünen New Deal. Mit ihm wollen wir wegkommen von nur reaktiven Antworten auf die genannten Krisen. Der Grüne New Deal als globale Strategie setzt auf proaktive Krisenlösungen durch eine verstärkte Koordination von Finanz-, Struktur-, Umwelt- und Entwicklungspolitik. Im Rahmen dieser Strategie wollen wir mit einem konzentrierten sozial-ökologischen Investitionsprogramm in Europa Impulse gegen die Rezessionsgefahr setzen, um so ein nachhaltigeres grünes Umsteuern in einer stabileren sozialen Wirtschafts- und Finanzwelt zu erreichen. Hierbei soll auch die Verantwortung der reichen für die Entwicklungsländer berücksichtigt und praktisch eingelöst werden.

Dabei sind nicht nur die Krisen zu bekämpfen, sondern auch die Krisenanfälligkeit. Dazu müssen Strukturen offen gelegt und entflochten werden. Dazu brauchen wir mehr lokales, unabhängiges Wirtschaften. Dazu wollen wir mehr Demokratie in der Wirtschaft wagen.

Schließlich geht es um grundlegende Strukturveränderungen im Finanzsystem. Das betrifft die Regeln für Finanzakteure und Finanzprodukte, die staatliche Finanzaufsicht und die Rating-Agenturen, den öffentlichen und genossenschaftlichen Bankensektor, den Verbraucherschutz auf den Finanzmärkten und die Regeln für Managervergütung und Managerhaftung. Es schließt aber auch eine neue Weltfinanzarchitektur ein und eine europäische Wirtschaftspolitik, die Diskussion über künftige Wechselkurspolitik, die Austrocknung von Steueroasen und die Einführung einer Finanzumsatzsteuer. Mittelfristiges Ziel muss es sein, eine europäische und internatio-

nale Finanzarchitektur zu schaffen, die Kapitalströme in langfristige, soziale, ressourcenschonende und ökologisch ausgerichtete Investitionen lenkt.

Auf der europäischen Ebene brauchen wir in den kommenden Jahren Reformen bei der Regulierung des Bankensektors. Insbesondere müssen außerbilanzielle Zweckgemeinschaften stärker reguliert sowie die Eigenkapitalvorschriften von BASEL II antizyklisch gestaltet werden.

Europa hat einen einheitlichen Binnenmarkt für den überall die gleichen Regeln gelten. Es gibt wenig Bereiche, die inzwischen so europäisiert sind, wie unser Wirtschaftsleben. Dieser gemeinsame Markt hat viel Dynamik gebracht. Deutschland hat als Exportnation davon besonders profitiert. Aber auch in den südlichen und östlichen Mitgliedstaaten hat der Beitritt zur EU ökonomisch genutzt und es wurden neue Arbeitsplätze und Wohlstand geschaffen, die Löhne sind dort gestiegen. Nachdem in der Vergangenheit viel Kraft darauf verwendet wurde, diesen gemeinsamen Markt herzustellen und Barrieren für den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr abzubauen, kommt es jetzt drauf an, ihn im Sinne der Nachhaltigkeit und sozial gerecht auszugestalten und die ökologische Modernisierung voranzubringen.

Ein funktionierender Binnenmarkt braucht eine wirksam europäisch koordinierte Wirtschaftspolitik. Mit einer solchen Koordination wäre die EU weniger anfällig gegen Krisen und die Arbeitslosigkeit niedriger. Die Europäische Union - und insbesondere die Euro-Zone - kann sich gegenläufige wirtschaftspolitische Strategien selbst der ökonomisch stärksten Mitgliedsländer nicht mehr leisten.

Mehr Nachhaltigkeit im Binnenmarkt bedeutet auch, dass wir GRÜNE einerseits die Marktkräfte intensivieren wollen, indem wir mehr Wettbewerb in verkrustete Strukturen tragen. Andererseits müssen wir dem Wettbewerb mehr oder bessere Regeln geben, um ungesteuerte Kräfte zu bändigen. Wir wollen in Europa eine grüne Marktwirtschaft und keine entfesselte Ökonomie oder einen neuen Protektionismus. Europa darf sich nicht abschotten, sondern muss sich in der globalen Arbeitsteilung besser positionieren. Das bedeutet: Europa muss wirtschaftlichen Erfolg auf Innovation und Umwelttechnologie sowie starke ArbeitnehmerInnen bauen und nicht auf einen Wettbewerb um Niedriglöhne und der Minimalstandards setzen. Eine solche Lohn- und Standortkonkurrenz darf weder innerhalb der EU noch im globalen Wettbewerb als Zielperspektive unser Handeln bestimmen.

Wir wollen Europas Verbraucherinnen und Verbraucher stärken. Ziel GRÜNER europäischer Verbraucherpolitik sind gut informierte und mündige Verbraucherinnen und Verbraucher, die sich im europäischen Binnenmarkt souverän bewegen und verantwortungsbewusste Entscheidungen treffen. Unsere Konsumwelt ändert sich rasant: Neue Produkte, neue Kommunikationsmöglichkeiten und neue Dienstleistungen verändern unser Leben viel stärker als erwartet. Die alltägliche Kaufentscheidung am Markt hat vielfältige Folgen. Bewusster Konsum und ein wacher Blick auf die Art der Herstellung eines Produktes beeinflussen Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen weltweit.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich immer als die Partei verstanden, die den Verbraucherinnen und Verbrauchern eine politische Stimme gibt, ihre Rechte stärkt und Möglichkeiten eröffnet, sich aktiv einzumischen. Es waren GRÜNE, die das Biosiegel in der EU maßgeblich durchgesetzt haben. Und es waren GRÜNE, die konsequent für Datenschutz kämpften. Und ohne ihren Einsatz hätte niemand gegen den massiven Widerstand der Chemieindustrie und der Agrarverbände durchgesetzt, dass hochgefährliche Pestizide zukünftig verboten sind. Die GRÜNEN im Europäischen Parlament sorgen für eine effektive Kontrolle in einem Binnenmarkt mit freiem Warenverkehr. Sie sorgen dafür, dass Verbraucherinteressen nicht nur punktuell wie bei Handygebühren bei Auslandstelefonaten berücksichtigt werden, sondern systematisch bei kniffligen Energiefragen, neuen Fahrgastrechten, modernen Gesundheitsdienstleistungen, gesunder Ernährung, Finanzdienstleistungen oder innovativer Informationstechnologie. GRÜNE stehen für

den Kampf gegen Abzocke, den Schutz vor Täuschung und davor, dass die Vorteile des Binnenmarktes nicht auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen dürfen.

Bretton Woods II: Für eine neue globale Finanzordnung

Die aktuelle Krise zeigt, dass Globalisierung ohne klare, verbindliche Regeln aus dem Ruder läuft - zu Lasten von wirtschaftlicher Stabilität, Arbeitsplätzen, sozialem Zusammenhalt und natürlichen Lebensgrundlagen. Deshalb wollen wir im Rahmen des Grünen New Deal eine neue globale Finanzordnung, ein Bretton Woods II. Die gerechte Neuordnung der internationalen Finanzmärkte wird nicht gelingen, wenn Europa unkoordiniert handelt. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Europa bei den anstehenden internationalen Verhandlungen mit einer Stimme spricht. Diese Verhandlungen dürfen nicht ohne die Schwellen- und Entwicklungsländer stattfinden. Unser Ziel ist es, ihnen in der neuen Finanzordnung - anders als heute - eine deutliche Stimme zu verleihen.

Reform des Währungssystems

Wir wollen das globale Währungssystem reformieren. In den letzten Jahren ist ein Mischsystem aus freien und festen Wechselkursen entstanden, das zur Destabilisierung der Weltwirtschaft und der Finanzmärkte beigetragen hat. In dieser Zeit schwankten die Wechselkurse zwischen den wichtigsten Währungen enorm. Dies hat realwirtschaftliche Investitionen verunsichert und Handelsflüsse verzerrt, was insbesondere auf die wirtschaftliche Entwicklung von Entwicklungs- und Schwellenländern negativen Einfluss hatte. Jetzt in der Krise hat der massive Wertverlust ihrer Währungen die Situation in mehreren Ländern verschärft. Wir GRÜNE halten deshalb eine Diskussion darüber für notwendig, ob nicht ein System stabilisierter Wechselkurse vorteilhaft wäre.

Besondere Beachtung bei der Neugestaltung der Weltfinanzarchitektur muss den Entwicklungsmöglichkeiten der ärmsten Länder zukommen. Diese Länder können von funktionierenden globalen Kapitalmärkten und besonders von ausländischen Direktinvestitionen profitieren. Doch gerade für diese Länder ist Stabilität von entscheidender Bedeutung. In der Vergangenheit kam es jedoch immer wieder zu Finanzmarkt getriebenen Zyklen, in denen zuerst große Mengen Kapital in diese Länder flossen, um dann bei der ersten schlechten Nachricht fluchtartig wieder aus dem Land zu strömen – mit desaströsen Folgen. Deshalb müssen diese Länder die Möglichkeit erhalten, grenzüberschreitende Kapitalströme zu kontrollieren.

Für eine europäische Wirtschaftspolitik

Wir GRÜNE wollen den europäischen Integrationsprozess in der Wirtschafts- und Finanzmarktpolitik vorantreiben. Die Europäische Union, und noch viel stärker die Euro-Zone sind eine engstens verflochtene Wirtschaftszone. Die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes, eng vernetzter Finanzmärkte und einer Währungsunion hat viel wirtschaftliche Dynamik entfesselt. Zugleich ist jedoch mehr denn je klar, dass eine solche enge wirtschaftliche Integration nachhaltig und sozial nur dann funktionieren kann, wenn auch die politische Steuerung auf dieser Ebene funktioniert. Hier herrschen in der Europäischen Union erschreckende Defizite. Wer ist beispielsweise zuständig, wenn eine europäische Großbank vor dem Kollaps steht? Wer sollte eingreifen, um zu verhindern, dass das Platzen der spanischen oder britischen Immobilienblase die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Europa gefährdet? Warum ist der Finanzbinnenmarkt nur für die Anbieter lohnend, während der Schutz von Verbraucherinnen und Verbraucher in der Regel an der Grenze endet? Diesen Problemen steht die EU ohne geeignete Instrumente gegenüber, und sie droht ihre durch die hohe Finanzmarktintegration geschaffenen Vorteile zu verspielen.

Wir GRÜNE setzen uns für eine stärkere und vor allem eine bessere Wirtschaftskoordination auf europäischer Ebene ein. Dazu braucht es zumindest in der Euro-Zone eine europäische Wirtschaftspolitik, ohne allerdings damit die Europäische Union zu spalten. Eine gemeinsame Währung kann auf Dauer nur funktionieren, wenn auch die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsstaaten eng aufeinander abgestimmt sind. Die Euro-Gruppe muss aufgewertet werden, um gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank unter Beteiligung der Sozialpartner die makroökonomischen Rahmenbedingungen zu setzen. An diesem Prozess müssen auch die Sozialpartner – also die europäischen Gewerkschafts- und Arbeitgeberverbände – beteiligt werden, da langfristig auch die Lohnverhandlungen stärker europäisch koordiniert werden müssen. Außerdem wollen wir GRÜNE die makroökonomischen Leitlinien einer europäischen Wirtschaftspolitik unbeschadet der Rechte der nationalen Parlamente durch das Europaparlament diskutieren und parlamentarisch mitentscheiden lassen. Die Aufgabenstellung der Zentralbank muss – wie das bei der Fed in den USA der Fall ist - neben der Geldwertstabilität auch eine stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung einschließlich der Beschäftigung umfassen.

Der Integration der Finanzmärkte müssen die EU-Mitgliedsländer eine entsprechende Aufsichtsstruktur folgen lassen. Nur so ist eine schnelle Reaktion im Notfall gesichert.

Europäische Finanzumsatzsteuer

Mit einer europäischen Finanzumsatzsteuer wollen wir zu mehr Stabilität an den Finanzmärkten beitragen. Eine solche Steuer würde bestimmte spekulative Geschäfte, bei denen sehr schnell gekauft und verkauft wird und so hohe Umsätze entstehen, unrentabel machen. Reale Geschäfte, die einen viel langfristigeren Horizont haben, würden jedoch kaum belastet. Die Finanzumsatzsteuer entwickelt somit die Tobin-Steuer, die ausschließlich für internationale Geschäfte zwischen Währungsräumen gedacht war, und eine Börsenumsatzsteuer, die nur Umsätze an Börsenplätzen einbezog, weiter. Denn heute sind nicht mehr die Währungsspekulation und die Umsätze an Börsen die alleinigen Probleme, sondern gerade der Handel mit Derivaten an unregulierten Märkten. Die Einnahmen einer solchen Steuer sollten zum größten Teil direkt in das EU-Budget fließen. Dadurch würden die Gewinner der Binnenmarktintegration die Maßnahmen des sozialen und regionalen Zusammenhalts in Europa (Sozialfonds, Regionalfonds) finanzieren, die bisher aus den Beiträgen der Mitgliedstaaten und damit aus dem allgemeinen Steueraufkommen getragen werden. Das Aufkommen aus der Besteuerung der Finanztransaktionen kann zudem einen Teil der entwicklungspolitischen Maßnahmen des Grünen New Deal finanzieren. Einen Teil des Aufkommens soll jedoch auch an die Nationalstaaten fließen, damit diese einen Anreiz zu einer vollständigen Erhebung der Steuer haben.

Europäische und internationale Steueroasen austrocknen

Wir wollen einen EU-Aktionsplan, der Steueroasen austrocknet, von denen sich viele in der Europäischen Union befinden, von ihren Mitgliedstaaten abhängig sind oder in direkter Nachbarschaft liegen. Gemeinsam mit der OECD muss notfalls mit Sanktionen und rechtsverbindlichen Verpflichtungen zur Zusammenarbeit Druck auf die Steueroasen und ihre Nutznießer ausgeübt werden. Wenn ein Konsens in der OECD nicht zu erreichen ist, müssen die entschlossenen Staaten mit Maßnahmen vorangehen.

Managervergütung neu regeln

Wir wollen die Managervergütung neu regeln. Selbst noch in der Krise erwecken Manager einiger Firmen den Eindruck, dass ihnen ihr Geldbeutel wesentlich näher ist als die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen.

Die bisherigen Boni-System in der Managervergütung haben die Kurzfristorientierung der Unternehmen massiv befördert. Als einen Beitrag zu nachhaltigerem Wirtschaften wollen wir die Vergütung von Managern stärker an langfristigen und nachhaltigen Kriterien ausrichten, z.B. indem Aktien, die als Bezahlung ausgegeben werden über einen Mindestzeitraum gehalten werden müssen. Sollten die Unternehmen nicht selbst tätig werden, werden wir GRÜNE uns für gesetzliche Regelungen stark machen.

Rating-Agenturen stärker regulieren

Wir wollen, dass Rating-Agenturen Interessenskonflikte offen legen müssen, Beratung und Bewertung trennen sowie Angaben zur Qualität des Ratings machen. Dass Rating-Agenturen in der Vergangenheit die von ihnen gestalteten Finanzprodukte bewertet haben, ist eine der Ursachen der gegenwärtigen Krise auf den Finanzmärkten.

Finanzinstitutionen reformieren, Nachhaltigkeit in Wirtschaftspolitik verankern

Wir wollen, dass die EU-Staaten mit einer Stimme in den internationalen Finanzinstitutionen Weltbank und IWF sprechen. Wir setzen dafür ein, dass mittelfristig ein EU-Sitz in diesen Organisationen eingerichtet wird. Dass dort immer noch die europäischen Einzelstaaten sitzen, ist ein Anachronismus. Ähnliches gilt auch für die unterschiedlichen europäischen Förderbanken. Die Europäische Investitionsbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sollen zusammengeführt werden.

Verbraucherschutz im Finanzmarkt: Für eine Europäische Banken- und Finanzaufsicht

Mit dem gemeinsamen Binnenmarkt gibt es in Europa auch einen gemeinsamen Finanzmarkt. Dieser gemeinsame Finanzmarkt verfügt jedoch nicht über eine entsprechende Aufsichtsstruktur. Deshalb sind klare Verantwortlichkeiten, Rechtssicherheit und eine stärkere Zusammenarbeit der europäischen Aufsichtsbehörden notwendig. Wir brauchen endlich eine Europäische Banken- und Finanzaufsicht, die auch dem Verbraucherschutz verpflichtet ist. Nur so läßt sich verhindern, dass der Wettbewerb auf dem Finanzmarkt zu einem Wettbewerb um die niedrigsten Standards verkommt. Es geht dabei nicht darum, die nationalen Bankenaufsichten, wie die deutsche Bafin, abzuschaffen und jede kleine Sparkasse einem europäischen Kontrollregime zu unterstellen. Wir wollen aber, dass eine Europäische Finanzaufsicht denjenigen Banken und Finanzinstitute auf die Finger schaut, die längst in ganz Europa tätig sind.

Wir brauchen klare und verlässliche Regeln für den immer komplizierter werdenden Markt von Finanzprodukten. Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht darauf zu erfahren, was mit ihrem Geld passiert. Zudem wollen wir, dass die Rechte für geschädigte Kunden von Banken und Versicherungen gestärkt werden.

Paradigmenwechsel in der Steuerpolitik

Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der europäischen Steuerpolitik: Was in der EU erwirtschaftet wird, das muss auch innerhalb der EU voll versteuert werden. Es kann z.B. nicht sein, dass sich deutsche StaatsbürgerInnen durch Flucht in Steueroasen der Besteuerung entziehen. Weil der steuerpolitische Fortschritt existentiell ist, um die Handlungsfähigkeit der Politik gegenüber wirtschaftlichen Prozessen zurückzugewinnen, sind wir auch bereit, in diesem wichtigen Bereich der Steuerpolitik im Rahmen einer so genannten flexiblen Zusammenarbeit voranzugehen.

Wettlauf der Steuersysteme beenden, gemeinsame Bemessungsgrundlage schaffen

Wir wollen den Wettlauf der Steuersysteme beenden. Kapital ist im Binnenmarkt mobil. Das hat einerseits zur Folge, dass Standorte miteinander um Investitionsentscheidungen konkurrieren. Andererseits können Unternehmen, die Standorte in verschiedenen Ländern der EU haben, ihre Geschäfte so bilanzieren, dass die Steuerzahlungen an den Orten mit den niedrigsten Sätzen fällig werden. Wir wollen nicht, dass allein Vermögende und große Unternehmen vom Binnenmarkt profitieren, weil sie mit ausgeklügelten Systemen Steuervorteile und –schlupflöcher nutzen. Das ist nicht nur gegenüber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ungerecht, sondern auch gegenüber den kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU), die das Rückgrat der Wirtschaft und Beschäftigung bilden. Eine gemeinsame, konsolidierte Bemessungsgrundlage für ausgewählte Steuern ist eine wichtige Grundlage um den ruinösen Wettlauf der Steuersysteme um die geringsten Standards zu beenden.

Einen Mindestsatz für Unternehmensteuer einführen

Wir wollen bei der Unternehmensteuer einen europäischen Mindestsatz festlegen. Die Zinsrichtlinie muss mit ihrem Prinzip des automatischen Informationsaustausches auf alle Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums, alle Kapitaleinkommensarten und alle Rechtsformen angewendet werden.

One-stop-Shops einrichten

Wir wollen, dass in grenznahen Regionen – aber nicht nur da -, zentrale Anlaufstellen ("one-stop-Shops") eingerichtet werden, die Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen in Fragen grenzüberschreitender Besteuerung kostenlose und verbindliche Auskunft über konkrete Steuer- und Zollfragen bieten.

Haushaltspolitik reformieren – Stabile Einnahmen sichern, mehr Ausgaben für Klimaschutz, Bildung und Forschung

Wir wollen einen grundsätzlichen Wechsel in der EU-Haushaltspolitik. Bisher hängt der Haushalt am Tropf der EU-Mitgliedsstaaten, die Haushaltsverhandlungen verlaufen daher wie auf einem Basar, auf dem jedes Land versucht, möglichst große Teile vom Kuchen für sich herauszuschlagen.

Wir wollen den EU-Haushalt mittelfristig aus dem Aufkommen von europaweiten Steuern finanzieren. So ist z.B. bereits heute die Bemessungsgrundlage für die Mineralölbesteuerung EU-weit harmonisiert und den Mitgliedstaaten sind Mindeststeuersätze vorgeschrieben. Von diesem Aufkommen soll ein Teil an die EU abgeführt werden. Eine zweite Säule ist die Finanztransaktionssteuer, mit der wir die Finanzunternehmen, die besonders stark vom gemeinsamen europäischen Markt profitieren, zu einer direkten Finanzierung der EU heranziehen. Hinzu käme eine europäische Kerosinbesteuerung. Diese Einnahmen können den EU-Haushalt komplett finanzieren. Damit wird er stabil und verlässlich.

Die Ausgaben wollen wir in den Klimaschutz, in die ländlichen Räume, in Forschung und in Bildung umlenken. Jährlich fließen riesige Summen in die Gemeinsame Agrarpolitik. 2008 waren das 54 Milliarden Euro, die wir zugunsten des ländlichen Raums umschichten und an ökologische und soziale gesellschaftliche Leistungen binden wollen. Fördern wollen wir Maßnahmen, die dem Klimaschutz zugute kommen, Arbeitsplätze sichern oder die Kulturlandschaft erhalten. Insgesamt wollen wir alle Ausgaben auf ihre positiven ökologischen und sozialen Effekte ausrichten. Dies betrifft in erster Linie die Agrar- und Strukturpolitik, die auch bis 2013 noch rund

80 Prozent der EU-Ausgaben ausmachen. Insgesamt legen wir Wert darauf, dass EU-Mittel geschlechterparitätisch vergeben werden.

Strukturfonds – Schlüssel für die Entwicklung Ostdeutschlands

Die Strukturfonds haben in den letzten Jahren zur Regionalentwicklung besonders in den östlichen Bundesländern beigetragen. Allerdings sind auch erhebliche Mittel in Projekten verschwendet worden. Wir wollen daher zukünftig die Rahmenbedingungen für die Strukturfonds verändern. Ziel ist es, zu verhindern, dass EU-Mittel in unwirtschaftliche Projekte wie ungenutzte Gewerbegebiete und überdimensionierte Kläranlagen fließen oder nur dazu benutzt werden, Produktionsanlagen zu verlagern. Für die nächste Finanzperiode soll durch angepasste strategischen Richtlinien ein höherer Anteil der Mittel für nachhaltige Projekte d.h. Investitionen in erneuerbare Energien, Energiesparen, Energieeffizienz und in umweltfreundliche Mobilität verwendet werden. Der Straßenaus- und -neubau soll ausgeschlossen werden.

Kein Geld für Subventionsbetrüger

Wir wollen, dass Subventionsbetrug und Korruption Folgen haben. Sie müssen von öffentlichen Aufträgen und als Empfänger von EU-Mitteln ausgeschlossen sein. Dazu fordern wir, dass die Kommission eine schwarze Liste mit entsprechenden Unternehmen und Personen erstellt und veröffentlicht, die dann von öffentlichen Aufträgen und als Empfänger von EU-Mitteln ausgeschlossen sind.

Wir setzen uns ein für genossenschaftliche und selbst verwaltete Unternehmungen sowie für eine echte Beteiligung von ArbeitnehmerInnen an Entscheidungen in Unternehmen. Die lokale Kreditvergabe, die Vergabe von Klein- und Mikrokrediten sollen weitestgehend unterstützt werden. Dadurch wird das Engagement der Menschen vor Ort gefördert und die Abhängigkeit von Entscheidungen der Finanzmärkte verringert. Wir wollen mit den Instrumenten der Wettbewerbspolitik den Konzentrationsprozessen und der zunehmenden Verflechtung, vor allem auch im Finanzsektor, entgegenwirken. Wir fordern die Einführung eines internationalen Kreditregisters, das einen Überblick über die wesentlichen Kapitalverflechtungen zwischen Banken, Fonds und Versicherungen bieten soll.

Unternehmensgründungen für nachhaltiges Wirtschaften unterstützen

Wir wollen Unternehmensgründungen für nachhaltiges Wirtschaften unterstützen. Innerhalb der nächsten Jahre wollen wir Europa mit seiner breiten industriellen Tradition zum attraktivsten Standort für industriennahe Gründungsfinanzierungen machen. Denn nur mit einer ambitionierten Finanz- und Gründungspolitik können wir die Unternehmen stärken, die den ökonomischen Wandel hin zu einem nachhaltigen Wirtschaften forcieren. Wir wollen spezielle Unterstützungsfonds und Risikokapital für Start-ups im Bereich nachhaltiger Produkte und Produktion zur Verfügung stellen und dabei ein besonderes Augenmerk auf Innovationstreiber und die Kreativwirtschaft legen. Schwerpunkte sollten dabei auch die Unterstützung von Existenzgründerinnen und Unternehmen von Migrantinnen und Migranten sein.

Neue technische Möglichkeiten, wie z.B. 3-D-Drucker (rapid prototyping) ermöglichen es, Gegenstände und Geräte zunehmend individuell und dezentral anzufertigen. Wir möchten das darin schlummernde kreative, wirtschaftliche und ökologische Potential durch eine gezielte Förderung von Forschung und Anwendung dieser Technologien wecken.

Nachhaltig investieren

Wir wollen eine gezielte Qualifizierungsoffensive für FinanzexpertInnen im Bereich nachhaltiger Investments anstreben, die wir EU-weit zertifizieren wollen. In letzter Zeit boomen ökologische und nachhaltige Investmentfonds. Aber nicht immer ist auch Öko drin, wenn Öko draufsteht. Wir möchten darum auf europäischer Ebene für alle Publikums- und Rentenfonds Standards einführen, die die Qualität des nachhaltigen Investments garantieren, verständlich darstellen und darüber verständlich informieren. Wir wollen für börsennotierte Unternehmen in Europa einheitliche und ambitionierte Transparenz- und Unternehmensstandards (Good Corporate Governance) schaffen. Dies dient dem Anlegerschutz und der Aktionärsdemokratie und schafft Vertrauen in eine transparente und umsichtige Unternehmensführung auch für KundInnen und ArbeitnehmerInnen der Unternehmen.

Regionale Wirtschaftskreisläufe fördern

Wir wollen ein Europa der starken Regionen als Zentren einer ökologischen Kreislaufwirtschaft. Statt diese zu EU-Fördermittelpfängern degradieren, wollen wir sämtliche Wirtschaftsbereiche regionalisieren, die sich hierfür eignen, wie z.B. große Teile der Lebensmittel- und Güterproduktion sowie viele Dienstleistungen. Mit der Regionalisierung schaffen wir ein Gegengewicht zur Globalisierung der Wirtschaft. Durch eine verursachergerechte Kostenbelastung des Transportsektors erreichen wir kurze Wege innerhalb von Waren- und Dienstleistungskreisläufen. Die EU-Landwirtschaftspolitik und die EU-Strukturfonds wollen wir auf die Ziele Nachhaltige Entwicklung und schonenden Umgangs mit Ressourcen anstelle von Wachstum um jeden Preis verpflichten.

Bessere Orientierung für VerbraucherInnen

Wir wollen dazu beitragen, dass sich Verbraucherinnen und Verbraucher im Konsumdschangel des europäischen Binnenmarktes besser orientieren können. Verbraucher haben ein Recht darauf, zu erfahren, wo und unter welchen Bedingungen die Waren des täglichen Verbrauchs produziert werden. Wir fordern die Einführung eines Nachhaltigkeits Siegels, das die ökologischen und sozialen Kosten einer Ware deutlich erkennbar macht und eine Herstellung ohne Kinderarbeit garantiert, sowie die Einführung einer verpflichtenden Herkunftsbezeichnung für Verbraucherprodukte.

Europäische Sammelklagen möglich machen

Wir wollen die Möglichkeit europäischer Sammelklagen. Denn viele KonsumentInnen scheuen bislang wegen möglicher hoher Kosten und scheinbar übermächtiger Gegner einen Rechtstreit.